



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Hanna-Krahl, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2026/2027;

hier: Versprechen halten:

Versprochene Mittel für Provenienzforschung bereitstellen!
(Kap. 15 70 Tit. 547 73)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 15 70 wird der Ansatz im Tit. 547 73 (Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben) für das Jahr 2027 von 1.763,6 Tsd. Euro um 500,0 Tsd. Euro auf 2.263,6 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume hatte mit einer Pressemitteilung vom 12. November 2025 zu seinem Bericht im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Landtags die Aufstockung von Mitteln für die Provenienzforschung versprochen. Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 ist diese Aufstockung lediglich für das Jahr 2026 adäquat eingestellt. In Anbetracht der Mammutaufgabe, vor der Bayern durch die jahrelangen Versäumnisse im Bereich Provenienzforschung und Restitution steht müssen diese Mittel dauerhaft zu Verfügung gestellt werden, um so der historischen Verantwortung des Freistaates gerecht zu werden. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) hat in seinem Bericht zu den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen (BStGS) im Jahr 2014 bereits festgestellt, dass die Daueraufgabe Provenienzforschung nur mit ausreichenden und dauerhaften Mitteln gestemmt werden kann.